

## **Österreichs Unternehmen in Not: Alarmruf vor massiven Kostenexplosionen!**

Ab 2025 drohen österreichischen Unternehmen hohe Kostensteigerungen. 180 Firmen fordern politische Lösungen zur Sicherung von Arbeitsplätzen.



### **Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich -**

Österreichische Unternehmen stehen vor einer dramatischen Zukunft: Ab dem 1. Januar 2025 drohen massive Kostensteigerungen, die ihre Existenz in Gefahr bringen könnten. Hohe Großhandelspreise, gestiegene Netzentgelte, die Rückkehr von Steuern auf Vorkrisenniveau sowie eine erhöhte CO<sub>2</sub>-Bepreisung belasten die Wirtschaft enorm. Zusätzlich sorgt die unionsrechtswidrige deutsche Gasspeicherumlage für eine Teuerung von 5-7 % bei Gasimporten. In einem offenen Brief schlagen 180 Unternehmen alarmierend um Hilfe und appellieren an die Politik, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen,

um Produktionsverlagerungen und den Verlust von Arbeitsplätzen zu verhindern, wie **oecolution austria** berichtet.

Besonders besorgniserregend ist die Situation bei namhaften Unternehmen wie Volkswagen, ThyssenKrupp und Bosch. Diese Industriegrößen planen milliardenschwere Einschnitte sowie drastische Stellenabbau, um in der aktuellen Krise zu überleben. Der Standort Deutschland ist stark angeschlagen, und die Politik steht unter Druck, schnell zu handeln. Politisch sind sich die Parteien in der Analyse der Lage einig: Der Bürokratieabbau könnte als Lösung dienen, die Zeit und Geld spart, während unterschiedliche Ansätze zur Unterstützung von Unternehmen in der Diskussion sind. **Tagesschau** hebt hervor, dass die SPD plant, die Netzentgelte zu deckeln und damit auf die Sorgen der Industrie zu reagieren. Kanzler Olaf Scholz kündigte an, eine Netzentgeltbremse einzuführen und auch direkte Subventionen für die Industrie zu fördern.

## **Dringender Handlungsbedarf**

Die Warnungen der Unternehmen sind klar: Die Energiekosten dürfen nicht die Grundlage für wirtschaftlichen Erfolg untergraben, wie die Geschäftsführerin von oecolution, Elisabeth Zehetner, eindringlich betont. „Eine starke Wirtschaft ist Voraussetzung, um unseren Sozialstaat und notwendige Investitionen in Klimaschutz zu finanzieren.“ Die Forderungen nach nationalem Schulterschluss kommen zu einem kritischen Zeitpunkt, an dem strukturelle Reformen sowohl in Österreich als auch in Deutschland dringend notwendig sind, um die wirtschaftliche Lage zu stabilisieren und die Zukunft der Industrie zu sichern.

Details	
<b>Vorfall</b>	Stellenabbau
<b>Ursache</b>	Krisensituation, Kostensteigerungen
<b>Ort</b>	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich

Details

**Quellen**

- [www.ots.at](http://www.ots.at)
- [www.tagesschau.de](http://www.tagesschau.de)

**Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](http://die-nachrichten.at)**